



16. DEZEMBER 2002 Etatrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Hans Schlütting,
zum Haushalt 2003

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich will gleich zur Sache kommen. Der uns vorliegende Haushalt für das Jahr 2003 ist eine Zumutung. Eine Zumutung an die Politiker, die Verwaltung und die Bürger der Gemeinde Lippetal.

Die Kommunalpolitik steht mit dem Rücken zur Wand. Wenn das Land den Geldhahn derart zudreht, muss massiver Protest artikuliert werden. Der Haushalt der Gemeinde Lippetal ist kein Einzelfall in Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen stehen landesweit vor massiven Haushaltsproblemen. Diese sind nicht in Lippetal entstanden, sondern einzig und allein auf die miserable Finanzwirtschaft in Bund und Land zurückzuführen. Wenn man für die Bürger der Gemeinde Lippetal Zeichen und Perspektiven setzen will, ist dieser Haushalt sicherlich ein schlechtes Beispiel. Eigentlich müssten Kommunalparlamente in Nordrhein-Westfalen angesichts der landesweit unerträglichen Situation in den zivilen Ungehorsam treten und eine Beschlussfassung über Haushalte unter diesen Rahmenbedingungen ablehnen. Nur was würde das bringen; wir würden völlig handlungsunfähig. Deshalb müssen wir uns mit dem von Bund und Land geschaffenen Finanzdiktat auseinandersetzen und für Lippetal in schlechten Zeiten das Beste daraus machen.

Nur unter diesen Einstiegs Voraussetzungen lässt sich der Haushalt 2003 diskutieren. Wenn Gemeinden landauf - landab, und wir jetzt auch, selbst einfache freiwillige Leistungen wie Büchereizuschüsse, Jugendarbeit und Vereinsförderung immer mehr ausdünnen müssen, hat das Auswirkungen auf die Stimmung der Bürger. Diese werden mit dem Haushalt 2003 die Konsequenzen der Finanznot unmittelbar erfahren. Dabei darf man nicht vergessen, dass die Gemeinden die Hauptlast der öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen tragen. Wenn Ministerien einen Monat schließen, wirkt sich das auf den Bürger nicht unmittelbar aus. Wenn aber in einer Kommune Verwaltung, Schulen, Kindergärten, Müllabfuhr usw. nur einige Tage nicht arbeiten, bricht das Leben zusammen. Bei der derzeitigen Finanzsituation geht es also um mehr als die Rettung der Kommunalfinzenzen. Es geht um die Zukunft des Gemeinwesens.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen flächendeckend vor dem Ruin. Vielleicht erleben wir die größte Finanz- und Existenzkrise in den letzten sechzig Jahren. Ich bin sicher, Unternehmen müssten in der Finanzsituation, die in vielen Gemeinden und Städten heute vorzufinden ist, Konkurs anmelden. Verantwortlich für die Finanz- und Existenzkrise der Kommunen, für den Verfall von Straßen, Gebäuden und Liegenschaften für das Schließen von Einrichtungen, für das Streichen von freiwilligen Leistungen, für den Verfall der kommunalen Investitionen sind nicht die Rathäuser der Städte und Gemeinden, ob rot oder schwarz regiert, sondern vorwiegend die Regierungen in Düsseldorf und Berlin. Diese haben mit ihren Entscheidungen die Kommunen finanziell systematisch vor die Wand geritten.

Auch Lippetal kann 2003 erstmals den Haushalt strukturell nicht mehr ausgleichen. Mit Rücklagenentnahmen gelingt aber wenigstens noch ein formaler Ausgleich. Wenn die Landes- und Bundespolitik so weiter machen, wird selbst dies in Zukunft keiner Gemeinde in Nordrhein-Westfalen mehr gelingen.

Ursache hierfür sind nicht notwendige Investitionen, Baumaßnahmen oder laufende Kosten, welche die Gemeinde Lippetal in den letzten Jahren beschlossen hat - Herr Röttger. Diese waren im Rahmen der üblicherweise zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel finanzierbar und haben sich in den Kosten auch nicht wesentlich im Verhältnis zur Beschlussgrundlage verändert. Ursache hierfür ist eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Landes- und Bundesregierung. Die Situation wird sich in den nächsten Jahren ohne ein Umdenken dort auch nicht verbessern - im Gegenteil: Im Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute heißt es wörtlich: "Ohne einen grundlegenden Kurswechsel wird sich die Lage weiter verschlechtern."

Wir würden ja in Lippetal für unsere Bürgerinnen und Bürger schon Luft erhalten, wenn die Landesregierung

- auf die geplante Anhebung bei den fiktiven Hebesätzen verzichten würde,
 - oder endlich aufhören würde, Kostenverlagerungen und Kostenbefrachtungen nach unten auf die Kommunen vorzunehmen,
- oder die Gewerbesteuerumlage gesenkt würde,

das würde als Sofortmaßnahme die Gemeindekassen schnell entlasten.

Nicht hilfreich ist dagegen das neue Gesetz zur Lernmittelfreiheit. Das als Spargesetz für Kommunen vom Land dargestellte Gesetz führt schon im nächsten Jahr zu Mehrbelastungen für die Kommunen und Eltern. Zwar wird hier der Elternanteil, aber nur befristet für einige Jahre, auf 49 % angehoben. Allerdings wird gleichzeitig der Kostensatz erhöht. So tritt sofort eine kleine Mehrbelastung und nach Ablauf der Frist eine weitere Belastung von 16 Prozentpunkten ein. Wenn Sie, Herr Röttger nun in der Presse hier Einsparpotentiale sehen, dann sind Sie einer Fehlinformation aufgesessen.

Das Land muss endlich aufhören, den Kommunen Aufgaben zuzuweisen, ohne einen hinreichenden Kostenausgleich vorzusehen. Artikel 78 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung besagt zwar, dass das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände durch gesetzliche Vorschriften zur Übernahme und Durchführung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichten kann, wenn gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden. Diese Regelung findet in der politischen Praxis der Landesregierung offenbar keine Beachtung mehr. Deshalb fordern die Spitzenverbände der Kommunen ja schon lange, dass das Konnexitätsprinzip strikt eingehalten wird, d. h. das Bund und Land Aufgaben auf die kommunale Ebene nur bei vollständiger Kostenerstattung übertragen. Wenn man nur einige Beispiele nennt, wo in letzter Zeit dieses Prinzip nicht beachtet wurde, wird einem deutlich, welche Zusatzbelastungen für uns entstanden sind.

- Da wird das Gemeindefinanzierungsgesetz mit Investitionen für Krankenhäuser belastet,
- da wird den Kommunen aufgezwungen, die Kosten für Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zu tragen,
- da werden Kommunen gezwungen, Gleichstellungsbeauftragte einzustellen,
- da wird eine Gemeindeprüfungsanstalt eingerichtet für die die Kommunen gleich zur Kasse gebeten werden.

Grundsicherung, Zuwanderung, Kindergelderhöhung, Ökosteuer, Riesterrente, Kosten der Medienausstattung von Schulen, Ganztagsbetreuung und steigende Sozialhilfeleistung

durch verfehlte Wirtschaftspolitik usw. ergeben ein Übriges. Wenn jetzt in Berlin schon darüber diskutiert wird, die Arbeitslosenhilfe zu senken, dann kann ich mir ausrechnen, dass das die Haushalte der Kommunen weiter belastet, denn wer keine Arbeitslosenhilfe mehr erhält, wird sich zwangsläufig bei der Sozialhilfe melden müssen und dementsprechend ist ein Sparbeschluss für den Bund erneut eine finanzielle Verlagerung von Kosten zu den Kommunen hin.

Dies sind die wahren Gründe, warum wir im Jahr 2003 in Lippetal einen Haushalt beraten, wie wir ihn uns in unseren kühnsten Vorstellungen 2002 nicht vorstellen konnten. Ohne grundlegende Reformen der Gemeindefinanzen besteht keine Aussicht auf Gesundung der Finanzen der Kommunen. Es muss künftig strikt gelten: "Wer bestellt - bezahlt!"

Das Land muss die Kommunen am Finanzkuchen endlich wieder angemessen beteiligen. Wenn das Land den Kommunen Aufgaben, die mit Sachkosten oder Personalkosten verbunden sind, zusätzlich zuweist, dann muss dafür ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden, d. h. die Mittelzuweisungen des Landes müssen erhöht werden.

Die Haushaltsdaten der Gemeinde Lippetal für das Jahr 2003 belegen, dass die Probleme von außen nach Lippetal getragen werden. Mit der bekanntermaßen kontinuierlichen, sachlichen und pragmatischen Kommunalpolitik der CDU haben wir im Rat der Gemeinde Lippetal seit Jahren dafür Sorge getragen, dass die Gemeinde Lippetal im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden bisher über eine solide finanzpolitische Grundlage verfügen konnte. Im Jahr 2003 müssen wir feststellen, dass die Einnahmensituation der Gemeinde Lippetal, die in erster Linie auf angemessenen Finanzzuweisungen beruht, sich um 2,3 Mio. € - oder um es noch einmal in der alten Währung zu sagen, rd. 4,5 Mio. DM - verringert hat. Herr Röttger: Wir haben keine Mehreinnahmen des Landes für die Gemeinde Lippetal erwartet; wir haben es damit zu tun, dass uns das Land mit seinen Entscheidungen sage und schreibe 4,5 Mio. DM jährlich weggenommen hat. Ohne Begründung und ohne mit der Wimper zu zucken. Und diese 4 ½ Mio. DM, die das Land irgendwie oder irgendwo, aber nicht hier einsetzt, führen nun zu einer dramatischen Haushaltssituation in Lippetal. Es ist für mich kein Trost, dass es anderen Gemeinden noch schlechter geht - im Gegenteil, es steigert mein Entsetzen über die Situation.

Es sind nicht sinnvolle Ausgaben für vorausschauende Beschlüsse, wie sie es im Haupt- und Finanzausschuss oder ihren Presseerklärungen weiß machen wollten, die uns in diese finanziellen Engpässe bringen. Die Kosten für diese Projekte, wie der Bau der Schule, der Ausbau von Haus Biele, die Sportanlagen usw. wären selbst bei vertretbaren Kürzungen im Landeshaushalt (aufgrund der dramatischen, erst jetzt offen gelegten Lage) für Lippetal noch zu finanzieren gewesen. Es ist aber nichts mehr drin, wenn uns 4 ½ Mio. DM jährlich genommen werden. Die utopischen Zahlen, die Sie letztlich mit kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen für die Kosten dieser Projekte konstruiert haben, sind aus meiner Sicht nicht relevant. Die Kostenbelastung für alle Projekte hat sich gegenüber den bei den Beschlussfassungen geplanten Finanzierungen im Rahmen gehalten und wäre ohne die finanzpolitischen Eingriffe des Landes in unseren Haushalt locker zu finanzieren gewesen.

Die Schüler, die Lehrer und Eltern der Lippetaler Schulen sind uns sicherlich dankbar, dass wir diese positiven Entscheidungen für das Bildungssystem in der Gemeinde Lippetal getroffen haben. Mit der Entscheidung zur Finanzierung und zur Renovierung von Haus Biele ist es uns gelungen, im nächsten Jahr über einen behindertengerechten Zugang für Kunden der Verwaltung zu verfügen. Das war der Wunsch aller Fraktionen und wir haben dabei zusätzlich unsere vom Land auferlegten Pflichten als Denkmaleigentümer erfüllt. Dies haben wir in einem für die Gemeinde relativ kostengünstigen Rahmen geschafft.

Es sind also allein finanzpolitische Entscheidungen des Bundes und des Landes, die uns in die Misere, die wir heute zu beraten haben, gebracht haben.

Die Steuer- und Abgabengesetze der letzten Jahre haben die Kommunen im Übermaß belastet und ihnen so gut wie jede finanzielle Handlungsfreiheit genommen. In meiner letzten Etatrede habe ich bereits gesagt, dass ich mich freuen würde, wenn die Kommunen das Steueraufkommen ihrer Bürger zunächst behalten würden, ihren Ausgabebedarf vor Ort decken und anschließend anteilige Zuweisungen an Bund und Land vornehmen würden. Ich bin heute um so sicherer, dass dies die Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger verbessern und zu ernsthaften und sinnvollen Sparbemühungen bei Bund und Land führen würde.

Die wegbrechende jährliche Einnahmesituation im Haushalt 2003 habe ich erläutert. Sie ist das prägende Problem des Haushalts. Dies bezieht sich besonders auf die allgemeinen Zuweisungen. Weggefallen sind aber auch die speziellen Förderungen im Schulbau. Hier hat das Land die Einzelfallförderung eingestellt. Erstmals betroffen war die Grundschule Herzfeld.

Den Kommunen wird jetzt eine Schulbaupauschale bewilligt. Im Grundsatz ist das richtig, denn die Kommunen können so mit der Pauschale planen. Allerdings ist der finanzielle Rahmen für die Schulbaupauschale viel zu eng bemessen und dieser enge Rahmen wird vom Land jetzt noch um 16 % gekürzt. Für Lippetal kommt erschwerend hinzu, dass die Realschule im Aufbau ist und die Schülerzahlen, die bei der Schulbaupauschale zugrunde gelegt werden aus längst vergangenen Zeiten stammen. So werden beispielsweise für Lippetal bei der Schulbaupauschale nur die Hälfte der Realschüler angerechnet, die tatsächlich die Schule besuchen. Dadurch entsteht erneut ein Loch für Lippetal. Andere Kommunen, insbesondere im großstädtischen Bereich, die in der Vergangenheit höhere Schülerzahlen hatten, werden entsprechend bevorteilt. Und weil es so schön ist, den ländlichen Raum zur Kasse zu bitten, hat das Land dieses Jahr endgültig seine Zuweisungen zur Schülerbeförderung eingestellt, so dass die Schulbaupauschale für Lippetal zum Nullsummenspiel wird. Es bleibt also nichts von der Baupauschale, die das Land uns zur Verfügung stellt, weil sie mit den bisher gewährten Zuwendungen für hohe Schülerbeförderungskosten, die im ländlichen Raum nun einmal unvermeidbar sind, verrechnet wird. Um es noch deutlicher zu machen: Ein Kölner Bürger ist dem Land bei den Schlüsselzuweisungen rund 400 € mehr wert als ein Lippetaler und die Differenz wurde dieses Jahr noch größer.

Nun sind aus dem Schulministerium neue Ideen zu hören. Da ist von Ganztagschulen die Rede, die kurzfristig eingerichtet werden sollen. Computerausstattungen sollen kommen, betreut und gewartet werden. Alles tolle Ideen, die auf den Tisch kommen, nachdem das Land die Finanzierungen geändert hat. Warum nicht früher? Ich frage mich, wer soll das bezahlen? An der Konzeption des Landes ist lediglich zu begrüßen, dass bis zum Jahr 2007 zusätzlich 800 Lehrkräfte eingesetzt werden sollen. Bei dem vom Land beabsichtigtem Ausbau der Grundschulen zu offenen Ganztagsgrundschulen handelt es sich im wesentlichen um nichts anderes, als um den qualifizierten Ausbau bestehender Betreuungsprogramme. Diese Konzeption verdient nicht den Namen "offene Ganztagschule". Dies wird um so deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass die 800 Stellen sich auf gut 2.400 Schulen verteilen, die zudem nächstes Jahr noch zusätzlich Englisch unterrichten sollen. Es ist zwingend erforderlich, zunächst ein Gesamtkonzept im Schulbereich vorzulegen, welches die pädagogischen Ideen, die Finanzierung und die finanziellen Verantwortlichkeiten klar regelt, bevor mit weiterem Aktionismus die Bürgerinnen und Bürger, die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Schulträger weiter verunsichert werden. Kosten dürfen vom Land dabei nicht ohne finanziellen Ausgleich auf die Kommunen übertragen werden. Bevor vom Schulministerium und vom Land weiter immer neue Ideen im Schulbereich veröffentlicht werden, ohne dafür Gesamtkonzepte vorzulegen, sollten sich die Verantwortlichen mit den Schulträgern zusammen an einen Tisch setzen, um zu prüfen, was möglich und finanzierbar ist. Vor diesem Hintergrund ist es auch richtig, die Baumaßnahme an der Grundschule in Herzfeld im Finanzplan so darzustellen, dass die Planungen 2003 weiter fortschreiten und 2004 Baukosten vorzusehen sind.

Unter diesen Voraussetzungen lassen Sie mich auf einige Details zum Haushalt eingehen. Der Haushalt ist die Konsequenz des Versuchs an allen Kanten und Ecken zu sparen und alle noch irgend möglichen zusätzlichen Einnahme zu erzielen.

Der Entwurf zeigt tiefe Einschnitte in bisher erbrachte freiwillige Leistungen und fordert von den Bürgerinnen und Bürgern höhere Belastungen. Ich kann nur an die Einsicht und Vernunft unserer Bürgerinnen und Bürger appellieren, die erforderlichen Entscheidungen vor dem dargestellten Hintergrund zu akzeptieren und mitzutragen, um Schlimmeres zu vermeiden. Sollten Land und Bund nämlich keine Änderungen in ihrem Finanzgebaren vornehmen, fürchte ich für das kommende Jahr noch Schlimmeres.

Die Steuerhebesätze mussten auf die fiktiven Sätze des Landes angehoben werden, um nicht noch weitere Einschnitte bei den Landeszuweisungen zu erleiden und um die Ertragslage der Gemeinde zu verbessern. In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, bei den Gemeindesteuern 3 Mio. DM in den Taschen unserer Bürger zu belassen. Dies ist durch die Vorgaben des Landes nunmehr nicht mehr möglich.

Die Gebührenhaushalte sind kostendeckend berechnet und bleiben weitestgehend stabil. Bei den Leichenhallen wurden trotz sozialer Komponenten bei der Berechnung der Gebühr Erhöhungen erforderlich. Erfreulich ist es, dass die Kanalbenutzungsgebühren leicht gesenkt werden können. Dies zeigt, dass unsere frühzeitigen Investitionsentscheidungen für die zentrale Kläranlage mit allen Folgeinvestitionen bis letztlich zum Modellprojekt "Klärschlammvererdung" richtig waren und nun den Bürger finanziell entlasten. Wo wir selbst handeln können zeigt sich also auch Erfolg.

Besonders weh tun mir die Einschnitte in die freiwilligen Leistungen, hier besonders in die Zuschüsse an Vereine, die von ihren vielen ehrenamtlichen Helfern leben. Ich muss die Vereine deshalb aufrufen, noch mehr als bisher ehrenamtlich ihre Aufgaben wahrzunehmen, um ein intaktes Vereinsleben auch für die Zukunft in Lippetal zu gewährleisten.

Im Haupt- und Finanzausschuss habe ich Ihnen Herr Röttger versprochen, im nächsten Fachausschuss nochmals über den Familienpass zu reden. Ob dies zu einem neuen Ergebnis führt, ist in Anbetracht der schweren Ausgangslage sicher fraglich. Wie schwierig es ist, zeigt der Umgang der Landesregierung mit dem Thema Familien- bzw. Jugendförderung. Da werden Mittel für Investitionen für Kindertagesstätten, Berufsausbildung, Landesjugendplan, Familien- und Kinderhilfe, Studentenwerke, Frauenförderung, den Landesaltenplan, zur Suchtbekämpfung, für "Frauen im Beruf", therapeutische Arbeit an Sonderschulen, "Jugend in Arbeit" usw. um nur einiges zu nennen gekürzt. Dies wirkt auch in Lippetal bei einer Gesamtbetrachtung dieses Arbeitsfeldes nach.

Wir sind genötigt, Teile unserer Rücklage zum Ausgleich unseres Verwaltungshaushalts einzusetzen. D. h., dass wir Vermögenswerte einbringen, um laufende Ausgaben zu bestreiten. Dies ist nicht unendlich möglich. Wenn Sie, Herr Mengeler, nun vorschlagen, weitere Vermögenswerte in diesem Jahr einzubringen, dann muss ich Ihnen entgegenhalten, dass es nichts bringt, in diesem Jahr das Tafelsilber komplett zu verkaufen, um im nächsten Jahr vor dem absoluten Nichts zu stehen.

Die einzelnen Ausgabe- und Einnahmepositionen des Haushalts sind sorgsam ermittelt worden und stellen die absolute Grenze dessen dar, was sich Lippetal im Jahr 2003 leisten kann.

Der Vermögenshaushalt ist auf einem selten niedrigen Niveau für Lippetal angelangt, aber mehr ist zur Zeit einfach nicht möglich. Gleichwohl sind noch einige Investitionen im Plan enthalten, die hoffentlich der einheimischen Wirtschaft etwas in der Talsohle helfen.

Ein erheblicher Ausgabeposten ist die Kreisumlage. Wir sind der Auffassung, dass der Kreis trotz seiner sicherlich ebenso schwierigen Haushaltslage über eine niedrigere Kreisumlage, als im dort eingebrachten Entwurf nachdenken sollte. Auch ein Kreis muss der schwierigen Finanzlage der Kommunen Rechnung tragen und sollte sich deshalb um weiteres Sparpotential bemühen, bzw. notfalls auch einen nicht ausgeglichenen Haushalt verabschieden, um die Dramatik deutlich zu machen.

Ich habe im vergangenen Jahr schon prophezeit, dass, falls sich die leitvolle Finanzpolitik von Bund und Land fortsetzt, schwierige Zeiten auf die Gemeinde Lippetal zukommen. Leider ist meine Vorahnung wahr geworden. Wenn wir unter diesen Voraussetzungen den Haushalt betrachten, kann man festhalten, dass in Lippetal dank der sparsamen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und des extremen Haushalts für das Jahr 2003 noch ein Haushalt vorgelegt werden konnte, der uns kleine Gestaltungsspielräume gelassen hat, über die wir heute diskutieren können.

Erfreulich ist die Tatsache, dass sich die Entwicklung der Schulden nach wie vor im vorkalkulierten Rahmen hält, ja sogar den Rahmen unterschreitet. Vor dem Hintergrund der zuvor beschriebenen Haushaltssituation ist dies wohl das positivste Zeichen, was man dem Haushalt entnehmen kann.

Der Stellenplan setzt die Personalpolitik der vergangenen Jahre erneut fort und ich halte es für unfair, Herr Röttger, wenn Sie im Personaletat der Gemeinde Lippetal Sparpotentiale sehen. Die Personalkostenanteile in Lippetal sind nach Aussagen des Bundes der Steuerzahler Spitzenwerte nach unten in Nordrhein-Westfalen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Lippetal wurden und werden fair behandelt. Sie haben es mit dem niedrigen Personalkostenanteil im Verhältnis zu vielen anderen Gemeinden vielleicht erst möglich gemacht, dass wir heute überhaupt noch über einen Haushalt diskutieren können und nicht schon ein Haushaltssicherungskonzept beraten müssen. Die zusätzlich im Stellenplan enthaltene Stelle für das Bürgerbüro ist eine Stelle, die durch Forderungen aller Fraktionen nach einem Bürgerbüro erforderlich wurde. Die Personalausstattung ist nach wie vor als äußerst gering anzusehen. Somit vermag ich die von Ihnen in der Presse dargestellten Sparpotentiale im Personalkostenbereich wahrlich nicht zu erkennen.

Investitionsplan und Finanzplan der Gemeinde Lippetal verdeutlichen das von mir zuvor dargestellte Bild. Ich kann nur für Lippetal und alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen nur hoffen, dass Bund und Land endlich ihre leidvolle Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik beenden und dass in Düsseldorf und Berlin mit frischem Wind andere Entscheidungen getroffen werden.

Mit diesem Haushalt haben wir Tabus der Vergangenheit gebrochen. Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Lippetal Verständnis für unsere schwierige Lage aufbringen und schlage Ihnen schweren Herzens vor, die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und den Stellenplan für das Jahr 2003 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2002 bis 2006 in der Fassung des vorliegenden Entwurfs zu beschließen.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde für die von ihnen geleistete Arbeit und wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, sowie Ihren Familien ein frohes, gesegnetes, gesundes, friedliches und hoffentlich besseres neues Jahr 2003.